

Beschluss V Migration und Integration

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 24.04.2021
Tagesordnungspunkt: 4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sachsen- Anhalt

Text

8031 **V Migration und Integration**

8032 Einwanderung nach Deutschland und auch nach Sachsen-Anhalt ist Realität.
8033 Menschen kommen in unserer Bundesland, weil sie hier nach Sicherheit, Arbeit und
8034 einem Zuhause suchen. Sachsen-Anhalt kann Heimat für sie werden. Dafür wollen
8035 wir uns einsetzen, denn noch ist unser Bundesland für viele Menschen nur
8036 Durchgangsstation.

8037

8038 Ein Asylverfahren darf dabei nicht die einzige Chance für Menschen sein, die
8039 einwandern möchten. Bedingt durch demografischen Wandel und einen immer
8040 stärkeren Fachkräftemangel sind wir auf Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland
8041 angewiesen. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, dass ein
8042 umfassenderes Zuwanderungsgesetz erarbeitet wird. Bis dahin wollen wir
8043 landesseitig alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, gelingende
8044 Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt zu ermöglichen.

8045

8046 Unser Land wird durch Einwanderung vielfältiger. Wir gestalten die
8047 Einwanderungsgesellschaft mit und stellen uns den Herausforderungen. Gelingende
8048 Zuwanderung ist ein wechselseitiger Prozess, der die Bereitschaft aller
8049 Beteiligten voraussetzt, in unserer Gesellschaft zusammenzuleben.

8050

8051 Das Wahlrecht für Migrant*innen, die dauerhaft in Sachsen-Anhalt leben ist ein
8052 wichtiger Baustein, um echte Mitbestimmung zu gewährleisten. Wir wollen uns
8053 außerdem auf Bundesebene dafür einsetzen, den Erwerb der deutschen
8054 Staatsangehörigkeit zu vereinfachen.

8055 **Humaner Umgang mit Geflüchteten**

8056 Wir stehen für respektvollen und zugewandten Umgang mit allen Menschen
8057 unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Allen Menschen wollen wir daher Zugang
8058 zu Sprachkursen, Bildungsmöglichkeiten, Ausbildung, Arbeitsmarkt,
8059 Gesundheitsversorgung, Hilfs- und Unterstützungsangeboten jederzeit ermöglichen.

8060 Die zentrale Unterbringung über einen längeren Zeitraum lehnen wir ab und
8061 plädieren für eine dezentrale Unterbringung in den Landkreisen und kreisfreien
8062 Städten. Die isolierte Unterbringung in zentralen Unterkünften ohne wirkliche
8063 Privatsphäre stellt eine hohe Belastung für die Betroffenen dar. Die Corona-
8064 Pandemie hat noch einmal aufgezeigt, dass diese Form der Unterbringung
8065 ungeeignet ist und für die Betroffenen ein Gesundheitsrisiko darstellt.

8066 Die bestehende Wohnsitzauflage gemäß § 12a Aufenthaltsgesetz hat sich als
8067 unwirksam und als Belastung für die Betroffenen erwiesen. Wir wollen sie
8068 streichen, ebenso wie den Erlass zum Integrationsschlüssel in Sachsen-Anhalt.

8069 Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf Asyl. Wir setzen uns daher für
8070 individuelle Verfahrensberatung, Zugang zu qualifizierten Dolmetscher*innen und
8071 juristischer Beratung durch Anwäl*innen, sowie zivilgesellschaftliche Träger
8072 der Flüchtlingsarbeit ein. Wo humanitäre Aufenthaltstitel erteilt werden können,
8073 soll diese Möglichkeit genutzt werden. Den Zugang zur Härtefallkommission wollen
8074 wir erleichtern. Abschiebungen sind nur in unausweichlichen Fällen zu
8075 vollziehen. Abschiebungen in Kriegsgebiete lehnen wir ab. Familien sind
8076 grundsätzlich nicht zu trennen. Abschiebehaft und das Konzept der vermeintlich
8077 "sicheren" Herkunftsstaaten lehnen wir grundsätzlich ab.

8078 Landesaufnahmeprogramm schaffen

8079 Die Bilder des brennenden Flüchtlingslagers Moria haben uns allen aufs Neue vor
8080 Augen geführt, dass an den Rändern Europas Menschen unter Duldung der
8081 europäischen Regierungen in inhumanen Verhältnissen leben müssen. Bisher haben
8082 wir sie im Stich gelassen.

8083 Wir setzen uns für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein, die Fluchtursachen
8084 wirksam bekämpft, Geflüchtete in den Herkunftsländern unterstützt, sicheren
8085 Transit ermöglicht und humanitäre Aufnahme in Europa solidarisch gewährleistet.
8086 Das muss auch für alle gelten, die zum Teil bereits seit Jahren an den
8087 europäischen Außengrenzen gestrandet sind.

8088 Sachsen-Anhalt kann diese Krise nicht allein lösen. Aber wir können etwas tun,
8089 um wenigstens in einigen Fällen das Elend zu lindern. Wir wollen ein
8090 Landesaufnahmeprogramm initiieren, das die Aufnahme von Geflüchteten über den
8091 bundesweiten Verteilerschlüssel hinaus ermöglicht.

8092 LSBTIQ*-Flüchtlinge besser schützen

8093 LSBTIQ* sind in vielen Ländern der Erde gefährdet oder verfolgt. Sie gehören
8094 auch innerhalb der Gruppe der Geflüchteten zu den vulnerablen Personen. LSBTIQ*-
8095 Geflüchtete sollen besonders berücksichtigt und unterstützt werden. Für diese
8096 fordern wir ein unbürokratisches Aufenthaltsrecht. Außerdem sollen sie aufgrund
8097 ihrer besonderen Gefährdungslage innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften sofort
8098 dezentral untergebracht werden. Umfangreiche Informationen über Beratungs- und
8099 Hilfsangebote im LSBTIQ*-Bereich in ihrer Muttersprache sollen vom Land
8100 bereitgestellt werden.

8101 Zuwanderung erleichtern

8102 Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung. Die Bevölkerung unseres Landes ist im
8103 Durchschnitt besonders alt und schrumpft weiterhin. Ohne Zuwanderung wird sich
8104 die demografische Lage absehbar nicht stabilisieren. Schon heute stellen
8105 Überalterung und fehlender Nachwuchs ein spürbares Problem für die Wirtschaft
8106 und das soziale Leben insbesondere in den ländlichen Räumen dar. Dennoch macht
8107 es Sachsen-Anhalt Migrant*innen durch zu unübersichtliche Behördenstrukturen und
8108 eine fehlende Willkommenskultur in den Behörden in vielen Fällen deutlich zu

8109 schwer, hier Fuß zu fassen und heimisch zu werden. Wir wollen die
8110 Verwaltungsstrukturen so ausgestalten, dass sie als Dienstleistungs- und
8111 Willkommensbehörden für die Migrant*innen fungieren können. Die Erfahrungen der
8112 Migrationsagentur des Burgenlandkreises wollen wir uns dabei zunutze machen.

8113 Bei der Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse und Berufsqualifikationen muss
8114 das Land alle gesetzgeberischen Möglichkeiten nutzen, um die Anerkennung zu
8115 erleichtern.

8116

8117 Die vom Bundesgesetzgeber geschaffene Möglichkeit der Ausbildungsduldung
8118 ermöglicht einen Spurwechsel in den Arbeitsmarkt und einen ggf. dauerhaften
8119 Aufenthalt für Menschen ohne Bleibeperspektive im Asylrecht. Wir wollen dieses
8120 Instrument im Interesse der Betroffenen, der sachsen-anhaltischen Wirtschaft und
8121 unseres Landes umfassend nutzen.

8122 Unionszuwanderer*innen unterstützen

8123 Die stärkste Gruppe an Zuwanderer*innen in Sachsen-Anhalt bilden die
8124 Unionsbürger*innen. Um einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt und in
8125 die Gesellschaft zu gewährleisten, ist es wichtig, dass grundlegende
8126 Informationen in Behörden und öffentlichen Stellen zumindest in den am
8127 häufigsten vertretenden EU-Sprachen verfügbar sind und dass Beratungsstellen für
8128 Arbeitsrecht, Sozialrecht und Antidiskriminierung in diesen Sprachen beraten
8129 können. Einfache Sprache in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung mit
8130 Bürger*innenkontakt macht es für alle Menschen leichter, mit Ämtern zu
8131 kommunizieren.

8132 Runden Tisch „Faire Beschäftigung von Migrant*innen“ 8133 einsetzen

8134 Wir sehen gute Bildung als den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit. Wir wollen
8135 die Rahmenbedingungen so setzen, dass für zukunftsfähige Arbeitsplätze auch
8136 Fachkräfte zur Verfügung stehen. Die europäische Arbeitsmarktintegration und die
8137 Einwanderung sehen wir als Mittel gegen Fachkräftemangel und als Chance für
8138 unseren Arbeitsmarkt.

8139 Den Fachbeirat „Faire Beschäftigung für Migrantinnen und Migranten“ wollen wir
8140 unter/mit der Beteiligung von Migrant*innenverbänden zu einem
8141 interministeriellen und behördlichen Runden Tisch weiterentwickelt. Das
8142 Modellprojekt der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben „Beratung migrantischer
8143 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ soll dauerhaft vom Land gefördert werden.
8144 Nur so werden wir Möglichkeiten erhalten, die sinnvolle Zunahme ausländischer
8145 Arbeitnehmer*innen strukturiert zu begleiten. Gegen ausbeuterische und illegale
8146 Beschäftigung braucht das Landesamt für Verbraucherschutz mehr Personalstellen,
8147 um die Kontrolldichte im Land zu erhöhen.

8148 Ausländer*innenbehörden zu Willkommenszentren gestalten

8149 Behördengänge sind für Migrant*innen in Sachsen-Anhalt oft eine besondere
8150 Belastung, weil sie oft geringschätzig behandelt werden. Das wollen wir ändern.
8151 Wir setzen uns dafür ein, dass ein Maßnahmenplan für das ganze Land entwickelt

8152 wird, damit die Ausländer*innenbehörden im Land zu echten Willkommenszentren
8153 werden. Dazu gehört für uns insbesondere sprachlich und interkulturell
8154 qualifiziertes Personal. Eine Trennung der aufenthaltsrechtlichen Bearbeitung
8155 von allen anderen Fragestellungen ist dabei unerlässlich, um einen fairen Umgang
8156 zu sichern. Willkommen heißen und ankommen lassen – das zeigt sich auch in
8157 klaren Strukturen, die jede*r nachvollziehen und verstehen kann. Deshalb wollen
8158 wir in der Landesregierung die Kompetenzen für Zuwanderung und Integration im
8159 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration bündeln.

8160 Migrantische Selbstorganisation stärken

8161 Zusammenleben gelingt vor Ort und wächst von unten. Wir wollen migrantisches
8162 Engagement fördern. Deshalb stärken wir migrantische Selbstorganisation durch
8163 eine Förderrichtlinie des Landes.